

## **Antrag an die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**

*Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)*

*Thema „Niedersächsisches Integrations- und Partizipationsgesetz“*

- a) *Beschlussfassung durch die Kommission*
- b) *Beratung (des Erörterungsgegenstandes) vorbehaltlich der Beschlussfassung zu a)*

*Hinweis:*

*Der Niedersächsische Integrationsrat hat mit E-Mail vom 14. März 2017 die Erörterung durch die Kommission wie folgt beantragt:*

1. *Die Nds. Landesregierung möge in der nächsten Sitzung der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe die Mitglieder über den Sachstand des Niedersächsischen Integrations- und Partizipationsgesetzes unterrichten.*
2. *Die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe wolle die Empfehlung an die Nds. Landesregierung beschließen, dass das Niedersächsische Integrations- und Partizipationsgesetz noch in der 17. Wahlperiode verabschiedet wird.*

## **Begründung für die Forderung des NIR nach einem Niedersächsischen Partizipations- und Teilhabegesetz**

Seit Anfang 2016 findet in regelmäßigen Abständen die Integrationskonferenz „Niedersachsen packt an“ statt. Dies halten wir für einen bedeutsamen Schritt zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Vielfalt, um Ausgrenzung und Rassismus zu bekämpfen und Teilhabe zu organisieren.

Die deutsche Gesellschaft ist heute so vielfältig wie niemals zuvor. Ein gutes und friedliches Zusammenleben kann nur gelingen, wenn alle am politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland teilhaben können.

Mit Blick auf die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft ist die Begeisterung einer breiten Mehrheit der Bevölkerung - dazu zählen wir auch die Migrationscommunities - für die Werte unserer Verfassung wichtiger denn je. Dies erfordert die Verantwortungsübernahme durch die Zivilgesellschaft ebenso wie die Schaffung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen durch Politik und Verwaltung im Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

Mit diesem Selbstverständnis als Teil der Gesellschaft forderten die Migrantenselbstorganisationen bei der MiSO-Migrationskonferenz am 27. August 2016 in Hannover und der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) mit einem Beschluss des Plenums am 30. Oktober 2016 in Göttingen die Verabschiedung eines **Partizipations- und Teilhabegesetzes** für Niedersachsen.

Damit nehmen wir eine Debatte wieder auf, die bereits vor der Landtagswahl 2013 begonnen hatte. Wir erinnern uns: Herr Oberbürgermeister Stefan **Schostok** kündigte bei einer „Tour der Teilhabe“ - damals als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion - in Hannover (2011) die Vorlage eines Nds. Teilhabegesetzes durch die SPD-Fraktion mit den Worten an:

*„Wir sehen nicht ein, warum Menschen mit Migrationshintergrund in einer schlechteren Ausgangslage sein sollten als andere Menschen. Wir wollen diese Unterschiede, etwa beim Wahlrecht, nicht länger hinnehmen.“*

Und Herr Dr. Christos **Pantazis**, MdL und Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe sagte:

*„Integration braucht Regeln und Verbindlichkeit – für alle am Prozess der Integration Beteiligten. Beispiele hierfür gibt es bereits. Die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen haben mit einem solchen Gesetz eine verbindliche Basis für Integration geschaffen“ (2013).*

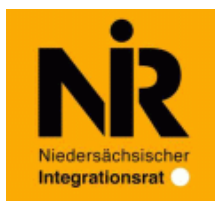
Wir teilen diese Auffassung: Integration braucht Verbindlichkeit und klare gesetzliche Regeln.

Vielfalt und Teilhabe als Grundüberzeugung und als gelebte Praxis sind die Fundamente und die besonderen Stärken einer gelungenen Einwanderungsgesellschaft - und damit der gesellschaftlichen Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland.

Anerkennung, Partizipation und Gleichstellung sind zentrale Anliegen und ein klarer Handlungsrahmen für den Umgang mit einem Leben in Vielfalt in der demokratischen Gesellschaft.

Die Integrationskonferenzen „Niedersachsen packt an“ zeigen deutlich, dass angesichts der gewaltigen Dynamik, die unsere Einwanderungsgesellschaft aktuell durchlebt, neue und erfolgreiche Ansätze gefragt sind, um mehr Menschen mit Migrationsgeschichte zu besserer Teilhabe und mehr Partizipation zu verhelfen.

Noch ist die Zeit da, in dieser Legislaturperiode ein Partizipations- und Teilhabegesetz für Niedersachsen zu verabschieden.



**Hannover, 23.03.2017**

**gez.: NIEDERSÄCHSISCHER INTEGRATIONS RAT (NIR)**

**Vertreten durch die Kommissionsmitglieder Lucy Grimme und Dang Chau Lam**